

II-10174 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ORIGINAL

No. 561 /A (E)

16. JUNI 1993

Präs.:
.....

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rosenstingl, Böhacker und Kollegen

betreffend: die Rettung der Post vor dem Zugriff des Finanzministers

Seit Jahren wird die Post auf dem Wege des Fernmeldeinvestitionsgesetz zur optischen Verbesserung der Bundesbudgets mißbraucht, indem sie einerseits einen immer höheren Anteil, (derzeit 68%) der Telefoneinnahmen an das Bundesbudget abliefern, andererseits ihre Investitionen auf dem Kapitalmarkt finanzieren muß, lediglich in den Jahren der freiheitlichen Regierungsbeteiligung wurde die Zweckbindung der Einnahmen auf 40% angehoben, um anschließend in der großen Koalition sofort wieder auf nunmehr 32% zu sinken.

Dies hat eine Reihe äußerst negativer Folgen: Die österreichischen Telefongebühren zählen weltweit zu den höchsten, die Modernisierung des Fernmeldenetzes geht langsamer als notwendig voran, vor allem aber sinkt der Eigenkapitalanteil der Post in bedrohlichem Ausmaß, während die Schulden regelrecht explodieren.

Es zeigt sich also hier deutlich, daß der Finanzminister bewußt den finanziellen Ruin des Unternehmens Post in Kauf nimmt, um Budgetkosmetik durchführen zu können, in wenigen Jahren steht unausweichlich der totale finanzielle Zusammenbruch der Post bevor, wenn nicht unverzüglich die finanzielle Aushöhlung der Post abgestellt wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

'Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Finanzen die finanzielle Aushöhlung der Post auf dem Wege des Fernmeldeinvestitionsgesetz abzustellen, so wie dies in der Zeit der FPÖ-Regierungsbeteiligung mit einer Erhöhung der Zweckbindungsrate auf 40% (gegenüber derzeit 32%) als erster Schritt begonnen wurde und damit im Interesse einer für die Wirtschaft so wichtigen modernen Telekommunikationsinfrastruktur für eine gesunde wirtschaftliche Basis der mittelfristig zu privatisierenden Post zu sorgen.'

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag zur Vorberatung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.

Wien, den 17.6.1993

Handwritten signatures of four individuals, likely members of the Nationalrat, in cursive script. The signatures are arranged in two columns. The left column contains two signatures, and the right column contains two signatures. The names are difficult to read due to the cursive style, but they appear to be variations of the name 'Lauth'.